**Fazit der Arbeitstagung 2020 in Gladenbach**

1.) **Sanktionen als Einschränkung des Existenzminimums:** Am ersten Tag haben wir uns mit dem Thema Sanktionen auseinandergesetzt. Auf der Tagung gibt es dazu keine einheitliche Position der Teilnehmenden. Einige treten für eine Stärkung des bestehenden Sozialversicherungssystems ein und wollen in diesem Rahmen Sanktionen in Höhe und nach Anlass begrenzen, aber nicht gänzlich darauf verzichten. Andere sprechen sich dagegen für Sanktionsfreiheit insbesondere in der Grundsicherung aus, manche von diesen auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Streng genommen geht es dabei aber nur um die Frage, wie der Teil des Kuchens, den die oberen 10% der Einkommen in der Gesellschaft für die unteren 90% übrig lassen, innerhalb der 90% verteilt werden soll.

Trotz der vorhandenen Unterschiede in unserer grundsätzlichen Haltung können wir uns darauf einigen, dass es im Bereich der Sanktionen viel Handlungsbedarf gibt, der z. B. in Bezug auf „Hartz IV“, aber auch bei der Arbeitslosenversicherung (SGB III) sichtbar wird. Konkret angesprochen sind hier:

* Höhe, Anlass und Umfang von Sperrzeiten sowie eine Reform des SGB III insgesamt, die zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung genutzt werden sollte.
* Die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung in der Leiharbeit;
* Zumutbarkeit und genaue Ausgestaltung von Maßnahmen (Trainingsmaßnahmen usw.);
* Zumutbarkeit von Arbeitsverhältnissen allgemein.

**2.) Regelleistung:** Am zweiten Tag der Tagung haben wir uns dagegen mit der Höhe der Regelleistung als dem politisch in Deutschland zugestandenen Existenzminimum beschäftigt, insbesondere mit der anstehenden grundlegenden Neubemessung der Regelleistung im Fünf-Jahres-Zeitraum. Unsere Referentin, Frau Becker, hat dabei betont, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum im Verhältnis zur gesellschaftlichen Mitte bzw. zu den Einkommen im Bereich von 40 – 60% des gesellschaftlichen Durchschnitts bestimmt werden muss, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu genügen. Außerdem müssen verdeckt Arme und Aufstocker aus der Grundgesamtheit der Personen herausgerechnet werden, die im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstatistik (EVS) zur Bemessung der Höhe der Regelleistung herangezogen werden.

Zudem ist es methodisch unsauber, tatsächliche Ausgaben der Fälle aus der EVS für Mobilität, Schnittblumen, Adventskränze, Alkohol, usw. aus dem Regelsatz als „nicht regelsatzrelevant“ herauszurechnen. Im Ergebnis führt dies, dass die Regelleistung um rund 160 € gekürzt wird. Ein Ergebnis, dass politisch von einigen gewünscht, aber schlicht willkürlich erreicht wird.

Des Weiteren sollen durch die Regelbedarfe auch solche Bedarfe abgegolten werden, die eigentlich gar nicht richtig zu pauschalieren sind, aufgrund der unterschiedlichen Lebensverhältnisse der betroffenen Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen.

In diesem Sinne haben wir auch eine Resolution verabschiedet. Deren genauen Wortlaut werden Heike und Rainer noch ausarbeiten und zusammen mit den übrigen Materialien der Tagung an die Teilnehmer\*innen verschicken.

Ferner haben wir für den 30.10. bzw. den 31.10. (die beteiligten Gruppen können wählen, an welchem Tag sie besser mobilisieren können) einen Aktionstag beschlossen. Dazu gibt es bei uns allen bereits viele gute Ideen. Da kann aber ruhig noch mehr kommen. Die KOS und ihre Mitarbeiter\*innen werden den Aktionstag dabei durch ein Flugblatt an die Betroffenen sowie durch das Bereitstellen von Hintergrundinformationen und andere aktionsbezogene Materialien fördern.

3.) Am letzten Tag der Tagung haben wir sodann den Blick geweitet und gesehen, dass vor allem das obere 1% der Einkommensbeziehenden sich immer mehr Einkommen und Vermögen unter den Nagel reißt. Ohne eine konsequente Thematisierung dieser Entwicklung und ihrer Ursachen (Kapitalismus; Macht; Herrschaft) werden wir politisch nur schwer vorankommen, auch bzgl. der Themen Sanktionen und Höhe der Regelleistung. Letztlich muss es zunächst um eine genaue Analyse der Verhältnisse gehen, um dann zu einer Regulierung oder einer Überwindung des Kapitalismus zu gelangen.